

Rückblick: Unsere Podiumsdiskussion zur Drogenpolitik im Herrngarten am 07.03.2026

Zwischen Elendsverwaltung und Rückeroberung: Zehn Kandidaten, drei Wege – und ein gebrochenes Versprechen.

Am Samstagnachmittag lud unsere Initiative „**Rettet den Herrngarten**“ zur großen Podiumsdiskussion ein. Unter der Moderation unseres Mitglieds **Joachim Gottstein** stellten sich zehn Kandidaten für die kommende Kommunalwahl den kritischen Fragen zur Lage im Herrngarten und im Johannesviertel. Etwa 250 Interessierte, vorwiegend Anwohner der umgebenden Wohnviertel waren bei herrlichem Frühlingswetter in den Biergarten am Herrngartencafé gekommen.

Die Ausgangslage: Ein Park und das Wohnviertel am Limit

Wir erinnern uns: Bereits im Sommer 2025, als das Containerprovisorium in der Schleiermacherstraße aufgelöst worden war und die **offene Drogenszene** zum neu gebauten Kontaktladen **Scentral** in die Bismarckstraße 3 (Träger: Regionale Diakonie Darmstadt-Dieburg) umzog, gab es massive Probleme. Um die Belastung am dort befindlichen wichtigen Eingang zum Park so gering wie möglich zu halten, wurden für die **offene Drogenszene** an einen etwas abgelegeneren Bereich des Parks nahe dem Eingang Landwehrstraße verlagert. Die Folge war ein sprunghafter Anstieg der Beschaffungskriminalität in der Landwehrstraße und Viktoriastraße, Einbrüche in Keller und Wohnungen, Auto-Aufbrüche und der Diebstahl von Scheibenwischern häuften sich. Eine Petition, die diese Missstände anprangerte, erreichte innerhalb weniger Tage mehr als 2.000 Unterstützer.

Der massive Bürgerprotest führte zu Podiumsdiskussionen, die von den drei verantwortlichen Dezernenten Stadtrat Paul Georg Wandrey (CDU – Sicherheit und Ordnung), Oberbürgermeister Hanno Benz (SPD – Baumaßnahme Scentral/Darmstädter Stadtentwicklungsgesellschaft) und Bürgermeisterin Akdeniz (Grüne – Sozialdezernentin und verantwortlich für das Konzept und die Betreuung) organisiert wurden, um die Wogen zu glätten, zu informieren und Beschwerden entgegenzunehmen. Infolge des heftigen Anwohnerprotestes wurde die **offene Drogenszene** wieder stärker zum Eingangsrondell direkt am Scentral verlagert, wo man durch Bauzäune, Sichtschutzplanen und Plastikunterstände einen provisorischen Schutz- und Toleranzbereich auf dem Gelände des Parks, vor der Mauer zum Scentral, einrichtete. Die ursprünglich am Eingangsrondell befindlichen Sitzbänke wurden abgebaut, um die Szene von dort weg in die Toleranzzone zu bewegen. All dies war jedoch letztlich ohne Erfolg: Die Beschaffungskriminalität im Johannesviertel und häufige, teils gewalttätige Auseinandersetzungen innerhalb der Szene, allein 10 Einbrüche im benachbarten Herrngartencafé innerhalb weniger Monate, auch die bereits erfolgten Zerstörungen an der Fassade des Scentral, menschliche Exkremente in Hausfluren in der Nachbarschaft und Ähnliches beschreiben die unhaltbare Situation. Viele Anwohner sind mit den Nerven am Ende und verstehen nicht, dass sich bis heute an dieser Situation nichts gebessert hat, obwohl die verantwortlichen Politiker versprochen hatten, umgehend Verbesserungen zu veranlassen.

Entgegen der Zusage von OB Benz vom vergangenen Oktober, die Szene nach Fertigstellung der Scentral-Freiflächen aus dem Park zu verlagern, droht nun laut den Aussagen der Vertreter von Grünen, Volt, CDU und SPD eine dauerhafte Einrichtung der Toleranzzone im Park.

Das heißt: Die provisorische, mittlerweile völlig **verwahrloste** „Toleranzzone“ im Park an der Herrngartenmauer soll dauerhaft und baulich fest eingerichtet werden. Wir sehen aber jetzt schon, dass der derzeitige Standort ungeeignet ist. Die **offene Drogenszene** weitet sich unkontrolliert auf die Hauptwege und das Eingangsrondell aus und gefährdet die Existenz des Herrngartencafés sowie die Nutzbarkeit des Parks für die Allgemeinheit – insbesondere in den Abendstunden.

Die Podiumsdiskussion am Samstag kreiste um drei Themenbereiche, die auch in unseren „Wahlprüfsteinen“ zuvor an die Parteien versandt worden waren:

1. Aktuelle Situation im Herrngarten
2. Aktuelle Situation im Johannesviertel (Beschaffungskriminalität)
3. Standort Scentral und Alternativen

In der Debatte kristallisierten sich drei klare Strömungen heraus:

1. Die „Rückeroberer“ (CDU, FDP, Freie Wähler):

Diese Gruppe setzt primär auf das Sicherheitsbedürfnis der Anwohner. Während die **CDU** sich bei der Beantwortung der Wahlprüfsteine widersprüchlich äußert, indem sie **kurzfristig** eine räumliche Bündelung und bauliche Abgrenzung im Umfeld des Scentral (also Duldungszone im Park) für notwendig hält, aber dann „**keine dauerhafte Duldungszone** für offene Drogenszenen im Park“ fordert, betont **Roland Desch (CDU)** vor allem ordnungspolitische Maßnahmen wie Erhöhung der Polizeipräsenz (verstärkte Streifen von Landes- und Kommunalpolizei), Schwerpunktkontrollen zu wechselnden Tages- und Nachtzeiten und konsequente Ahndung von Ordnungswidrigkeiten und Verbrechen. Er empfiehlt die konsequente Anzeige aller Diebstähle und Übergriffe, z.B. durch Online-Anzeigen, die wenig Zeit in Anspruch nehmen.

Leif Blum (FDP) und Harry Uhl (Freie Wähler) fordern zusätzlich eine ergebnisoffene Prüfung von Alternativstandorten außerhalb von Wohngebieten und Erholungsgebieten.

Blum forderte deutlich mehr Konsequenz bei Ordnungswidrigkeiten im öffentlichen Raum, ein gemeinsames Sicherheitskonzept mit Polizei und Stadt, das über bessere Beleuchtung, Videoüberwachung und konsequente Strafverfolgung bei Einbrüchen hinausgeht. Straftäter sollen zu Sozialstunden verpflichtet werden, die der Pflege im unmittelbaren Umfeld dienen, verstärkte Kontrollen, Schutz historischer Anlagen vor Vandalismus und erhöhte EAD Reinigungskapazitäten.

Blum lehnt Duldungszonen für eine offene Drogenszene im Park entschieden ab. Er befürwortet eine unabhängige wissenschaftliche Bedarfsanalyse, eine engere Abstimmung mit dem Landkreis Darmstadt-Dieburg sowie eine stärkere Beteiligung des Landes. Ziel ist es, den Magneteffekt zu begrenzen, Angebote datenbasiert zu steuern und Transparenz über Herkunft, Auslastung und Kriminalitätsentwicklung herzustellen. Schulwege durch den Herrngarten müssten jederzeit angstfrei nutzbar sein. Die FDP priorisiert deshalb verstärkte Polizeipräsenz zu Schulzeiten und eine Null-Toleranz-Policy von Drogenkonsum in Sichtweite von Spielplätzen. Als Sofortmaßnahmen will sie hellere Beleuchtung, schnellere Reinigungsintervalle, eine Verstärkung von Streetwork und eine Ausweitung der Betreuungszeiten im Scentral durchsetzen.

Harry Uhl plädiert für eine ständige Präsenz der Polizei und fordert, die Interimslösung (Pavillons) sofort aufzulösen. Zum Schutz gegen Gewalt und Einbrüche am Herrngartencafé schlägt es im betroffenen Teil des Parks und am Herrngartencafé eine Videoüberwachung vor.

Uhl spricht sich ausdrücklich für den Denkmalschutz im Park aus. Die zahlreichen Einzeldenkmäler und das Naturdenkmal Herrngarten müssen vollständig erhalten und gepflegt werden.

Harry Uhl unterstützt ausdrücklich eine ergebnisoffene Prüfung alternativer Standorte für das Drogenhilfezentrum Scentral und wird auch einen entsprechenden Antrag in der Stadtverordnetenversammlung stellen.

2. Die „Realpolitischen Verwalter des Status quo“ (Grüne, SPD, Volt):

Heiko Depner (Grüne) verteidigte den Standort Scentral und befürwortete auch die Schaffung eines geschützten und räumlich klar abgegrenzten Aufenthaltsbereichs für drogenkranke Menschen (also einer baulichen Duldungszone im Park) unmittelbar am Scentral. Ein definierter Aufenthaltsort für die Crackszene aufgrund der eingeschränkten Öffnungszeiten des Scentrals (Mo, Di, Do, Fr: 10:00 – 17:00 Uhr, Mi: 10:00 - 14:00 Uhr, Sa, So: 10:00 – 16:00 Uhr) sei elementar, da Platzverweise ansonsten faktisch nicht durchsetzbar seien. Ohne einen solchen Bereich würde es zu einer unkontrollierten Zersplitterung der Szene im gesamten Park und in angrenzenden Quartieren kommen – weder im Sinne der Anwohnenden noch im Sinne der Polizei.

Besonders brisant: Um die Nutzungskonflikte zu lösen, brachten SPD, Grüne und Volt die **Verlegung des Kinderspielplatzes** ins Gespräch – für viele Anwohner und Parkbesucher ein faktisches Eingeständnis, dass der Park als sicherer Ort für Familien aufgegeben wird. **Bijan Kaffenberger (SPD)** und **Ana Lena Herrling (Volt)** setzen primär auf den Ausbau der Hilfe im Innenraum, um das Elend von der Straße zu verlagern.

Grundsätzlich wird von der **SPD** ein „Magneteffekt“ des Scentral in Frage gestellt, er sei bisher nicht durch Zahlen belegt. Es seien keine nennenswerten Anstiege von Zahl drogenabhängigen Personen und Dealern zu verzeichnen. Es kämen auch keine Menschen aus anderen Kommunen/Landkreisen, und wenn nur für einen kurzen Zeitraum.

Das gastronomische Angebot im Herrngarten durch das Herrngartencafé hält **Bijan Kaffenberger** für wichtig und unterstützenswert. Mit künftigen Pächtern sollte seitens der Stadt und dem Scentral ein regelmäßiger Austausch über die aktuelle Situation etabliert werden und Berichte zu aktuellen Vorkommnissen im Rahmen der „AG Sicherheit und Prävention“ thematisiert werden.

Ana Lena Herrling (Volt) bedient in ihren Äußerungen eher Allgemeinplätze wie „Der Schutz von Schulwegen, Spielplätzen und Kitas hat für uns oberste Priorität.“ Offene Konsum- und Dealeraktivitäten müssten in diesen sensiblen Bereichen konsequent unterbunden werden. Gleichzeitig sieht sie eine pauschale Schaffung von Verbotszonen (wie z.B. Waffen- oder Konsumverbotszonen) eher kritisch, eine reine Verbotspolitik führe lediglich zur Zersplitterung der Szene tief in die Wohngebiete und Hausflure des Johannes- und Martinsviertels.

3. Die „basisdemokratischen Alternativen zum Establishment:“ (Darmstadt Gemeinsam, Uffbasse):

Für **Mario Pingel (DaGe)** ist im Hinblick auf die Crack-Problematik die Einführung des Zürcher Modells die einzige realistische Lösung, da es den extremen Konsumdruck dieser Droge berücksichtigt. Zürich habe bereits in den 1990er Jahren bewiesen, dass man eine offene Drogenszene nur durch eine intelligente Verknüpfung von Hilfe und strikter Ordnung auflösen und dezentralisieren kann. Er plädiert für eine strikte „Schutzzone Bildung“ (150m-Radius) rund um Kitas und Schulen nach Zürcher Vorbild. Dort darf es keine Duldung von Szenetreffpunkten geben. Darmstadt Gemeinsam setzt auf tägliche Reinigung der Schulwege vor Unterrichtsbeginn durch spezialisierte „Clean-Teams“. Zürich habe gezeigt, dass Hilfe nur akzeptiert wird, wenn der Druck im öffentlichen Raum hoch bleibt. Er fordert eine permanente Bestreifung des Herrngartens durch die Stadtpolizei und konsequente Verfolgung von Dealern. Konsumenten seine unmittelbar in die (dezentralen) Einrichtungen zu verweisen, offener Konsum im Park nicht zu dulden.

Der Standort am Herrngarten sei aufgrund der Massivität der Crack-Szene und der Nähe zu Schulen eine Fehlplanung. Er wirke wie ein Magnet.

Zürich lehrt: Große Zentren scheitern. **DaGe fordert daher die Dezentralisierung** der Hilfe. Es müssten zwei weitere, kleinere Anlaufstellen (z.B. am Hauptbahnhof und in einem Gewerbegebiet) geschaffen werden, um den „Magneteffekt“ am Herrngarten zu brechen. Das Scentral selbst müsse

sofort so umgebaut werden, dass spezialisierte Crack-Inhalationsräume den Konsum komplett von der Straße nach innen verlagern.

Zu Parkpflege und Denkmalschutz fordert Pingel, dass der Herrngarten als historisches Denkmal, keine Duldungszone verträge. Deshalb unterstütze er auch keine baulichen Maßnahmen im Park, die der Szene dienen. **Darmstadt Gemeinsam** fordert statt dessen die Rückkehr zum strengen Parkpflegeplan.

Das Café im Herrngarten sei essenziell wichtig für die soziale Kontrolle im Park. Er fordert daher eine städtische Übernahme der Sicherheitskosten für das Café (Objektschutz/Alarmanlagen).

Kerstin Lau (Uffbasse) betont die schwierige Balance zwischen Quartiersschutz und sozialer Realität. Die Wegebeziehungen im Quartier müssten ehrlich analysiert werden hinsichtlich der sich kreuzenden Laufwege von suchtkranken, häufig obdachlosen Menschen mit Schulwegen und Wohnquartieren. Problematisch sei die Lage einzelner Versorgungsangebote im unmittelbaren Wohngebiet. Deshalb müsse sachlich geprüft werden, ob Einrichtungen wie die „Teestube“ im Johannesviertel perspektivisch an einen besser geeigneten, infrastrukturell angebundenen Standort verlegt werden können, etwa in Richtung eines weniger bewohnten Umfelds in der Bismarckstraße. Dadurch würden Laufwege aus sensiblen Wohnbereichen herausgenommen, Versorgungsstrukturen gebündelt und eine bessere Versorgung der suchterkrankten Menschen sichergestellt bei gleichzeitig weniger Konfliktpotential im Viertel.

Auch Kerstin Lau hält die Lage des (seit vielen Jahren konfliktbelasteten) Spielplatz im südlichen Herrngarten für grundsätzlich ungeeignet und befürwortet daher eine Verlegung des Spielplatzes stärker in Richtung Innenstadt. Ein zusätzlicher Spielplatz könnte am nördlichen Ausgang des Herrngartens geplant werden.

Zur Frage eines möglichen „Magneteffekts“ meint Kerstin Lau, dass eine rechtliche Möglichkeit, Menschen aus anderen Kommunen pauschal von Hilfsangeboten auszuschließen, nicht bestünde (Freizügigkeit und Gleichbehandlung). Möglich und notwendig sei jedoch eine Erhebung belastbarer Daten zur Herkunft der Nutzerinnen und Nutzer, transparente Darstellung dieser Zahlen gegenüber Parlament und Öffentlichkeit, aktive Kooperation mit Herkunftskommunen und systematische Rückvermittlung in bestehende Hilfestrukturen im Umland.

4. „Die Parteien am Rand“: WGD, Die Linke,

Hier reichte das Spektrum von radikaler Akzeptanz bis hin zu neuen Schutzkonzepten. Während **Uli Franke (Die Linke)** Anwohnern bei Unbehagen empfahl, Umwege zu gehen und ansonsten vorschlug, die gesellschaftlichen Verhältnisse als die wahren Ursachen des Drogenproblems zu ändern, forderte **Falk Neumann (WGD)**, den Herrngarten als historischen Park in seiner Klima- und Erholungsfunktion unter Berücksichtigung des Denkmalschutzes zu erhalten. Dies habe Vorrang vor Einschränkungen der Parkbesuchs durch gefährdende Begleiterscheinungen infolge der Drogenszene. Die Zukunft des Herrngartencafés stellte er als einziger der Podiumsteilnehmer grundsätzlich in Frage.

Das Fazit unserer Initiative

Die Diskussion hat die „Gretchenfrage“ für den Wahlabend am 15. März formuliert: Wird der Herrngarten als zentraler Erholungsort für alle Bürger zurückerobert oder wird die offene Drogenszene durch bauliche Maßnahmen und die Verlegung von Spielplätzen dauerhaft im Park zementiert? Als Initiative „Rettet den Herrngarten“ ziehen wir eine klare Bilanz: Eine bauliche Trennung an der Mauer, die den Konsum im Park faktisch verstetigt, lehnen wir ab. Wir fordern die Rückgabe des Parks an die Bürger!